

Hamburger Erklärung

Deutschland muss den Wandel wollen

(Hamburg, den 5. September 2002) Deutschland ist an einem Punkt angelangt, an dem ein grundlegender Wandel überfällig ist: Unser Bildungssystem wurde in der PISA-Studie bloßgestellt, unser Wirtschaftswachstum tendiert gegen Null, die Zahl der Arbeitslosen wächst. Wir spüren mehr und mehr die Veränderungen des Klimas. Die Renten wackeln, das Gesundheitssystem steht kurz vor dem Kollaps. Die demographische Entwicklung hebt unser Sozialsystem aus. Weder ausländische Investoren noch qualifizierte Arbeitskräfte zieht es nach Deutschland. Der deutsche Staat ist hoch verschuldet.

Warum ist es so weit gekommen?

Es ist uns entgangen, dass wesentliche Grundvoraussetzungen unseres Wohlstandes nicht mehr bestehen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage der deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie ist die beste Plattform für verantwortliches unternehmerisches Handeln. Sie bietet dem Einzelnen alle Freiräume, seine Interessen zum Wohle seiner selbst und der Allgemeinheit zu entwickeln. Die Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft sind Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Solidarität. Die Deutschen verfügen nach wie vor über diese Eigenschaften – das haben sie in der Reaktion auf die Flutkatastrophe im August eindrucksvoll bewiesen.

Im Zuge unseres Wirtschaftswachstum jedoch haben wir die Grundlagen des Systems ausgehöhlt, indem wir mit seiner Hilfe immer mehr und mehr Absicherung und Bequemlichkeiten finanziert haben. Es haben sich zu viele Besitzstände und Ansprüche entwickelt. Wir scheuen das Risiko – unsere Gesellschaft hält die Selbstständigenquote unter 10%. Dabei sind es die Selbstständigen in den kleinen und mittleren Unternehmen, die mehr als 70% der Arbeitsplätze und 80% der Ausbildungsplätze schaffen. Wir haben weder die Vollbeschäftigung noch das stetige Wirtschaftswachstum noch die glockenförmige Bevölkerungspyramide, die zur Finanzierung der Zukunft nötig sind. Und: Wir müssen uns heute in einem scharfen internationalen Wettbewerb behaupten.

Und was tun wir?

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände beschäftigen sich noch immer vorrangig mit dem Verteilungskampf zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Tatsächlich findet dieser Verteilungskampf heute viel stärker zwischen denen statt, die Arbeit haben und denen, die arbeitslos sind. Die Tarifstruktur spiegelt dieses Problem nicht wider. Zu oft werden Tarifabschlüsse oberhalb des Produktivitätszuwachs vereinbart, was wiederum dazu führt, dass Mitarbeiter abgebaut werden.

Die Menschen werden immer älter, der Erhalt unserer Gesundheit wird immer teurer – Themen, die in der gesundheitspolitischen Diskussion nicht die Rolle spielen, die ihnen zusteht.

Wir klagen seit Jahren über das geringe Wirtschaftswachstum – und leisten uns eine beispiellose Ausdehnung unserer Freizeit. In der Industrie haben wir volle 40 Urlaubs- und Feiertage. Nur in Finnland und Italien gibt es noch mehr bezahlte Freizeit: allerdings als Ausgleich für die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche. Mit 35,7 Stunden pro Woche hat die westdeutsche Industrie weltweit die kürzesten Wochenarbeitszeiten. Und auch übers Jahr gerechnet ist Deutschland zusammen mit Norwegen Freizeit-Weltmeister. Die japanischen und amerikanischen Industriearbeiter arbeiten pro Jahr fast 470 Stunden länger als ihre deutschen Kollegen – das sind 60 Acht-Stunden-Schichten mehr!

Wir klagen seit Jahren über die wachsende Arbeitslosigkeit – und leisten uns einen Kündigungsschutz, der jungen Frauen und älteren Arbeitnehmern den Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert, eine Lohnpolitik, die geringe Einkommen ausschließt, und Sozialkosten, die Arbeit zu einer extrem teuren Ressource machen.

Wir klagen über eine ungünstige demographische Entwicklung – und leisten uns ein System, das Eltern zwingt, zwischen Karriere und Kind zu wählen.

Wir klagen über die negativen Auswirkungen der Globalisierung – und übersehen, wie stark wir von der Globalisierung profitieren. Fast jedes Produkt ist durch die Globalisierung preiswerter, vieles für die breite Bevölkerung erst erschwinglich geworden. Die Kehrseite ist zweifellos, dass Leistungen in anderen Ländern kostengünstiger und schneller erbracht werden als in Deutschland. Und in der Konkurrenz der Standorte schneidet Deutschland tatsächlich zunehmend schlechter ab: Menschen in anderen Ländern leisten mehr und sich selbst weniger.

Wir klagen darüber, dass bei kontinuierlichem Anstieg der Wissensmenge immer mehr Menschen immer weniger wissen – und leisten uns ein Bildungssystem, das noch nicht einmal bundesweit einheitliche Abschlüsse bietet und auch den Lehrern keine Pflicht zur Weiterbildung auferlegt.

Die Wirtschaftsjunioren Deutschland fordern einen grundsätzlichen Wandel. Der wird nicht im Konsens entschieden und kann nicht ohne Opfer vorstatten gehen. Wir müssen weg vom Denken in Besitzständen und hin zu einem zukunftsschaffenden Denken – es gibt keine Alternative. Unser Maßnahmen-Katalog:

1. Konsolidierung des Haushaltes und Verringerung der Staatsquote durch den Verkauf von staatlichen Beteiligungen und die sofortige Kürzung sämtlicher Subventionen um 25% mit einem Subventions-Ausstiegsplan bis 2005

Wir dürfen verkrustete Strukturen nicht länger mit Subventionen konservieren. Dieselbe Lernfähigkeit, die wir heute den Arbeitnehmern abverlangen, müssen wir konsequent auch von den Unternehmen und Branchen fordern. Verantwortung zu tragen bedeutet hier zuallererst, rechtzeitig für neue Märkte oder neue Produkte zu sorgen. Subventionen können eine wichtige Rolle als Anschub-Finanzierung und soziale Abpufferung eines allzu schnellen Strukturwandels spielen: befristet und degressiv. Werden sie zum Erbrecht, wächst in den betroffenen Betrieben das Gefühl legitimer Ansprüche. Doch gerade der Anteil der strukturkonservierenden Dauersubventionen des Bundes stieg seit 1999 um rund 5 auf fast 40% – während die strukturschaffenden Anpassungs- und Produktivitätshilfen auf rund 15 bzw. 6% weiter sanken. Zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung gehört die gleichmäßige Kürzung nach dem „Rasenmäherprinzip“.

Zudem lässt sich kein Haushalt ohne strikte Ausgabendisziplin in die schwarzen Zahlen bringen. An der Streichung von Privilegien auch für ganze Branchen führt darum kein Weg vorbei. Wir brauchen einen nachhaltigen Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte. Verwarnungen aus Brüssel dürfen in keinem EU-Mitgliedsstaat zur Gewohnheit werden. Deutschland zuallererst muss die Grenzen einhalten, die es in Maastricht unnachgiebig gefordert hat. Dazu gehört der Abbau des Schuldenbergs, eine Umschichtung von konsumtiven zu investiven Ausgaben – vor allem für Bildung und Infrastruktur – sowie eine Reform der Finanzverfassung, die den Ländern und Kommunen einen größeren Handlungsspielraum eröffnet. Und dazu gehört noch immer eine Steuerreform, die den Bürgern und Unternehmern eine Netto-Entlastung von mindestens 25% bringt.

2. Entbürokratisierung durch Gesetze mit Verfallsdatum

Es gibt keine Patentrezepte gegen Normenflut und Regelungswut. Gesetze mit Verfallsdatum können allerdings ein Weg sein, die tatsächlichen Auswirkungen parlamentarischen Handelns zu durchleuchten. Darüber hinaus ermöglicht die automatisierte Qualitätskontrolle nicht nur eine regelmäßige „Entrümpelung“, sondern auch das innovative Experiment – und verlangt grundsätzlich nach positiven und aktualisierten Begründungen für die weitere Geltung einmal getroffener Regelungen. Grundsätzlich auf den Prüfstand gehören alle Leistungs-Gesetze des Bundes. Bei einer katastrophalen Einnahmen-Entwicklung muss der Staat regelmäßig die Möglichkeit haben, seine Ausgaben – ob nun für Subventionen, Aufbauhilfen oder Sozialleistungen – zu reduzieren.

3. Werbung für mehr wirtschaftliche Mündigkeit und Selbstständigkeit

Wir brauchen einen neuen Gründerboom. Dafür brauchen wir nach wie vor eine Vereinfachung des Steuersystems, eine Straffung der Genehmigungsverfahren und eine Deregulierung des Arbeitsmarktes. Was neue Modelle zur Finanzierung angeht, so schlagen die Wirtschaftsjuvenoren eine steuerliche Gleichstellung von Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen mit Aktien sowie die Wiederanhebung der wesentlichen Beteiligung auf einen Wert von 25% vor. Beide Maßnahmen zusammen könnten Investitionen in junge Unternehmen in den Rang einer neuen und attraktiven Geldanlage heben. Darüber hinaus sollte die gesamte Gesellschaft ihre Haltung gegenüber gescheiterten Gründungen und Gründern überdenken. Solange hier die „policy of no excuses“ gilt und keine echte „Fehlerkultur“ die Chance für Lernprozesse eröffnet, werden die Deutschen in ihrer Angst vor dem unternehmerischen Risiko weiterhin in Europa unübertroffen sein. Dazu gehört ein neues Bild vom Unternehmer. Die Wirtschaftsjuvenoren gehen seit Jahren regelmäßig in die Schulen, um an die Stelle leicht erhältlicher Klischees die persönliche Anschauung zu setzen. Sie trainieren mit den Schülern Bewerbungsgespräche, vermitteln ihnen die Ansprüche der Wirtschaft und lassen sie für einen Tag auf dem Chefsessel sitzen. Doch die Vorstellungen an die Realität anzupassen – und sich damit von einfachen Deutungsmustern zu verabschieden – ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Im größeren Rahmen einer „Mentalitäts-Öffnung“ muss unternehmerisches Denken künftig quer durch alle Fächer vermittelt und trainiert werden.

4. Novellierung von diskriminierender Gesetzgebung und konsequente Gesetzesfolgenabschätzung

Wir brauchen endlich eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Der Kündigungsschutz muss sowohl dort ein gutes Stück heruntergefahren werden, wo er einzelne Gruppen wie junge Frauen oder ältere Arbeitnehmer unvermittelbar macht und somit diskriminiert,

als auch dort, wo er den Wettbewerb der Arbeitnehmer faktisch außer Kraft setzt. Und die Lohnpolitik muss künftig deutlich hörbar „atmen“. Sie muss mit niedrigen Basisabschlüssen, ertrags- und gewinnabhängigen Zusatzkomponenten sowie Öffnungsklauseln den Betrieben die Möglichkeit geben, mit internen „Bündnissen für Arbeit“ auf veränderte Marktlagen zu reagieren und besondere Leistungen besonders zu honorieren. Das Beispiel unserer europäischen Nachbarn Dänemark und Holland zeigt zudem, dass sich höhere Flexibilität – auch durch mehr befristete Arbeitsverhältnisse – mit sozialer Absicherung durchaus verbinden lässt. Der häufige Arbeitsplatzwechsel ist in modernen Erwerbsbiographien ohnehin nur ein Aspekt des lebenslangen Lernens.

5. **Abschaffung der Kulturhoheit der Länder und Einführung einheitlicher Bildungs- und Wissensziele bei Stärkung der schulischen Autonomie**

Wir brauchen ein Bildungssystem, das den Standort Deutschland sichert und weiter entwickelt. Bildung bedeutet dabei nicht nur praktische Qualifikation. Sie befähigt die Menschen dazu, sich einen Überblick zu verschaffen, Optionen zu sehen und zu ergreifen. Damit ist sie gerade in Zeiten der Informationsflut die Voraussetzung, um sich aus Abhängigkeiten zu lösen und Verantwortung für den eigenen Lebensweg zu übernehmen. Wollen wir auf unsere wirtschaftlichen und demokratischen Ressourcen nicht verzichten, müssen wir den Wettbewerb zwischen den Schulen eröffnen, bundesweite Mindeststandards festlegen und die kontinuierliche Weiterbildung der Lehrer gewährleisten.

6. **Flächendeckende Einführung von Ganztageskindergärten und –schulen mit Förderprogrammen für Lernschwache und Hochbegabte**

Wir brauchen neue Entwicklungs-Chancen für die nachwachsenden Generationen. Der Bedarf an Ganztags-Kindergärten und -schulen übersteigt das Angebot je nach Bundesland um mehr als das Zehnfache. Dabei muss gerade für die Jüngsten eine wirkliche Betreuung – nicht bloß Aufbewahrung – gewährleistet sein. Insbesondere Kinder aus bildungsschwachen Familien brauchen pädagogisch schlüssige Konzepte und Einrichtungen, um ihre Begabungen zu entdecken und zu entfalten. Wir müssen uns nicht nur den Klassenverbänden, sondern auch den einzelnen Schülern zuwenden. Individuelle Unterstützung benötigen sowohl die Lernschwachen als auch die Hochbegabten.

Darüber hinaus müssen vor allem die rund 3 Millionen arbeitslosen oder nicht erwerbstätigen Mütter von Kindern unter 18 Jahren die Möglichkeit erhalten, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Trotz gewandelter Anforderungen des Arbeitsmarktes und neuer Modelle des Zusammenlebens müssen die Menschen in der Lage bleiben, die Verantwortung für Kinder zu übernehmen. Den weitesten Horizont der Familienpolitik markiert die schleichende Vergreisung unserer Gesellschaft – und damit die drohende Implosion unserer Sozialsysteme.

7. **Stärkung des mündigen Patienten durch vollen Wettbewerb zwischen Krankenkassen, Ärzten und Krankenhäusern sowie durch unternehmerisch selbstverantwortliche Ärzte**

Wir brauchen eine nachhaltige Gesundheitspolitik. Seit drei Jahrzehnten steigen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung. Keine einzige Reform konnte verhindern, dass die Kassen spätestens im Jahre zwei erneut in die roten Zahlen gerieten. Soll die medizinische Absicherung breiter Bevölkerungskreise durch die Gesetzliche Krankenversicherung erhalten bleiben, müssen darum die vielfältigen Regulierungen konsequent zurückgefahren werden. Die freie Arzt- und Kassenwahl des Bürgers kann erst dann ihre

volle Wirkung entfalten, wenn der Wettbewerb zwischen den Kassen und Ärzten funktioniert. Dazu braucht das gesamte Gesundheitssystem erstens mehr Transparenz. Nur so lässt sich erreichen, dass die Ausgaben der Krankenkassen in Zukunft ausschließlich mit der Qualität der medizinischen Versorgung steigen. Die Kassen müssen zweitens separate Verträge mit den Krankenhäusern und Ärzten abschließen können. Die Ärzte müssen drittens die Möglichkeit bekommen, in voller Unternehmer-Verantwortung am Markt zu agieren. Und viertens schließlich müssen Qualität und Wirtschaftlichkeit der Arzneimittel-Versorgung und der ärztlichen Versorgung deutlich verbessert werden.

8. Heraufsetzen des Renten- und Pensionsalters auf 67 Jahre

Wir brauchen ein stabiles System der Altersvorsorge. Eigenverantwortliches Handeln heißt nicht nur für sein gegenwärtiges, sondern auch für das zukünftige Auskommen selbst zu sorgen. Der Einstieg in die zusätzlich private Alterssicherung ist insofern nicht mehr als ein erstes Anzeichen für den Bewusstseinswandel, der in Deutschland vorankommen muss. Der Anteil der kapitalgedeckten Altersvorsorge muss in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden – mit deutlich weniger Bürokratie und Regulierungswut. Zudem ist neben dem früheren Eintritt ins Berufsleben auch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre unvermeidlich. Die jährlich steigenden Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung – 78 Milliarden Euro im Jahr 2002, rund 38% der Rentenausgaben – können erst dann wieder sinken, wenn die Finanzierung auf einer realistischen und transparenten Grundlage steht.

9. Einführung einer Generationenbilanz für sämtliche strukturpolitischen Entscheidungen in den Bereichen Wirtschaft und Soziales

Diese Generationenbilanz muss finanzielle und auch umwelttechnische Belastungen der zukünftigen Generationen ausweisen. Dazu gehört eine innovationsfreundliche Umweltpolitik. Die Verantwortung für unsere natürlichen Lebensgrundlagen ist zugleich Verantwortung für die Gesundheit und Lebensqualität der kommenden Generationen. Hier ist Deutschland immerhin auf einem guten Weg. Obwohl die Wirtschaft in den 90er Jahren um 11,5% gewachsen ist, ging der Energieverbrauch leicht zurück. Auch der Rohstoff- und Energieverbrauch der gesamten Bundesrepublik sank 1999 unter den Wert, den noch 1990 Westdeutschland allein erreichte. Mehr Ökonomie heißt nicht notwendigerweise weniger Ökologie. Dennoch bleibt noch viel zu tun: etwa in der Nutzung regenerativer Energien. Nötig sind mehr marktwirtschaftliche Instrumente, die den Unternehmen Anreize für die Entwicklung und den Einsatz innovativer Technologien bieten. Hier wurden mit dem Umweltaudit oder den Länder-Umweltpakten lediglich erste Schritte zu mehr Eigen-Verantwortung gemacht. Werden die Ansätze weiterentwickelt, könnte Deutschland seine besondere Sensibilität auf diesem Gebiet zu einem echten Standort-Vorteil wenden: für eine höhere Lebensqualität und für den Export umweltfreundlicher High-Tech-Produkte.

Wir Wirtschaftsjunioren können uns noch mehr vorstellen. Nachdenken sollten wir etwa darüber, ob wir nicht das Arbeitslosengeld auf sechs Monate begrenzen sollten. Nachdenken sollten wir darüber, ob wir nicht dem Beispiel Italiens folgen sollten und Feiertage, die in die Wochenmitte fallen, auf den Sonntag verschieben.

Wichtig ist nur, dass wir uns endlich bewegen – und uns verändern. Veränderungen bedeuten immer auch Einschnitte. Es ist unmöglich, es allen recht zu machen. Doch die Deutschen sind leistungsbereit und solidarisch – das hat das Verhalten bei der Flutkatastrophe gezeigt.

Der Staat allein wird und kann es nicht richten. Wir müssen alle ran und investieren – Kraft, Zeit und das Geld, das uns morgen sonst fehlt.

Ziel muss die aktive Bürgergesellschaft mit einer neuen Verantwortung für unseren Sozialstaats sein.

Unser Sozialstaat heute ist zutiefst unethisch, weil er vorwiegend Ansprüche definiert und damit eine Kultur der Eifersucht gebiert. Es ist nicht mehr effektiv, wenn dem Ehrgeiz des höchsten Ertrages keinerlei Aufwand mehr gegenübersteht. Der Sozialstaat von morgen definiert sich darüber, dass sich der Einzelne einbringt. Das Grundverständnis von „sozial“ muss sein: Mit der eigenen Leistung dazu beitragen, dass es allen besser geht.

Fast ein Drittel aller Bundesbürger engagiert sich bereits ehrenamtlich. Ob in Stiftungen, Vereinen oder Verbänden: Die Deutschen sorgen dafür, dass sich auch im weiten Feld zwischen Beruf und engstem Lebenskreis die sozialen Bindungskräfte nicht verlieren. Zumal dieser außergewöhnliche Einsatz einem Grundbedürfnis entspringt, müssen wir die Chance, dem Staat Verantwortung abzunehmen, noch weit entschlossener als bisher nutzen. Auch die Unternehmen setzen sich immer selbstverständlicher für den Gemeinssinn ein. Mittlerweile betreiben vier von fünf Mittelständlern aktives Corporate Citizenship – und investieren dabei nicht nur persönliche Zeit und Kraft, sondern auch Geld: in Relation zum Umsatz fast fünfmal so viel wie Firmen mit mehr als 500 Beschäftigten.

Die Wirtschaftsjunioren, selbst mit hohem Einsatz ehrenamtlich tätig, wollen die unregulierte Verantwortung weiter fördern. Die Menschen in unserer Gesellschaft sind bereit, Verantwortung zu übernehmen: für sich, für andere und für das respektvolle Miteinander. Eine überregulierte Eingriffsverwaltung durch den Staat steht dazu in einem krassen Widerspruch. Das bisherige Bild des Menschen und Bürgers, auf das unser Staatssystem aufbaut, hat ausgedient. Es muss nicht alles geregelt werden. Das Zusammenleben der Bürger muss vorwiegend von diesen selbst bestimmt und vereinbart werden. Staatlicher Eingriff darf nur Ausnahme sein und muss sich rechtfertigen. Werte wie Verantwortung, Mündigkeit, Gerechtigkeit und Solidarität machen eine Gesellschaft reich. Sie und nicht staatliche Eingriffe müssen unser Zusammenleben kennzeichnen. Viele staatliche Aktivitäten können privatwirtschaftlich besser, schneller und kostengünstiger gelöst werden. Private Initiativen dürfen nicht mit staatlichen konkurrieren müssen, ihnen gilt der absolute Vorrang.

Deutschland kann dem Wandel nicht ausweichen. Nun ist es an der Zeit, ihn bewusst zu gestalten und sich damit im globalen Wettbewerb um Märkte, Güter und Arbeitskräfte wieder an die Spitze zu setzen. Es liegt an uns allen, aufzubrechen und die notwendigen Schritte zu gehen, um die Probleme endlich zu lösen, statt sie auf die nachfolgenden Generationen zu verschieben.